

Präsident nur der Geborenen

Noch nie hat es ein derartig extremer Abtreibungsbefürworter ins Weiße Haus geschafft wie Barack Obama – Ein Dossier

VON PROFESSOR GODEHARD BRÜNTRUP SJ

Es war ein guter Tag für den Lebensschutz. Am 5.11.2003 wurde in den USA ein Gesetz rechtskräftig, für das viele christliche Wähler lange gekämpft hatten: das Verbot von Spätabtreibung mit partieller Exzision des Kindes (partial-birth abortion). Sie wird meist im fünften und sechsten Schwangerschaftsmonat durchgeführt, aber auch später. Das ungeborene Kind wird bei dieser Methode vaginal extrahiert, bis es sich zu erheblichen Teilen oder auch ganz außerhalb des Leibes der Mutter befindet, dann wird eine Schere tief in den Schädel gestoßen und daraufhin der Inhalt des Kopfes aus dem entstehenden Loch ausgesaugt. Die Statistiken besagen, dass dieses Abtreibungsverfahren zwischen drei- und fünftausend Mal im Jahr durchgeführt wurde, ein kleiner Prozentsatz von den fast eine Millionen Abtreibungen jährlich in den USA. Wenn durch die Schwangerschaft Lebensgefahr für die Mutter besteht, sieht das Verbot explizit eine Ausnahme vor. In der Praxis wird diese spezielle Methode der Abtreibung aber sowieso nicht zu dem Zweck angewendet, Gefahr für das Leben der Mutter abzuwenden.

Zum ersten Mal seit 1973 wurde damit das Recht auf Abtreibung eingeschränkt, wenn auch nur in einer eng umgrenzten Weise. Seit den beiden Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs vor 35 Jahren war es praktisch uneingeschränkt möglich, Abtreibungen durchzuführen. Ab dem siebten Monat muss zwar ein gesundheitliches Interesse der Mutter geltend gemacht werden, es genügt dafür jedoch ausdrücklich auch emotionaler Stress oder eine familiäre Belastung. In der Praxis ist damit ein Abbruch in den USA zu jedem beliebigen Zeitpunkt der Schwangerschaft fast uneingeschränkt möglich. Senator Barack Obama wendet sich explizit gegen das Verbot der Spätabtreibungen mit (partieller) Exzision. Er hält das Verbot für einen alarmierenden Mangel an Bereitschaft seitens der Konservativen, die gesundheitlichen Interessen von Frauen zu respektieren, obwohl es tatsächlich keine medizinische Indikation für diese Prozedur gibt. In einer Rede vor einem Pro-Abtreibungs-Aktionsbündnis am 17.7.2007 sagte Barack Obama, das Verbot dieser Art der Spätabtreibungen sei Teil einer konzentrierten Aktion gegen die hart erkämpften Rechte der amerikanischen Frauen. Seit vielen Jahren kämpfe er für das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht der Frauen in der Abtreibungsfrage und habe schon als Professor an der University of Chicago diese Frage in das Zentrum seiner verfassungsrechtlichen Vorlesungen gestellt.

Weitere Liberalisierung der Abtreibungsgesetze geplant

Obama ging sogar noch weiter: Seine erste Handlung als Präsident werde es sein, jegliche Einschränkungen, die zurzeit noch das Recht auf Abtreibung begrenzen, durch ein Bundesgesetz aufzuheben. Dieses Bundesgesetz, der Freedom of Choice Act, will nicht nur das Verbot einer besonders grausamen Methode der Spätabtreibung wieder aufheben, sondern auch jegliche Gesetzgebung, Regulierung oder Praxis, die bisher das Recht auf Abtreibung einschränken. Dazu gehören zum Beispiel alle Gesetze auf Ebene der Bundesstaaten, die Ärzten und Pflegepersonal das Recht geben, aus Gewissensgründen die Teilnahme an einer Abtreibung zu verweigern, ohne dadurch um ihren Arbeitsplatz fürchten zu müssen. Obama will sogar den Kriseninterventionszentren, die schwangere Frauen materiell unterstützen, wenn sie das Kind austragen, jegliche öffentliche finanzielle Unterstützung entziehen. Noch nie zuvor hat es auf der nationalen Ebene einen amerikanischen Politiker gegeben, der in der Frage der Abtreibung derart extreme Positionen vertritt wie Barack Obama. Am 4.11.2008 wurde er zum 44. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt.

Nicht gewählt haben Obama die evangelikalen Christen, die zu fast achtzig Prozent seinen Konkurrenten John McCain wählten. Die katholischen Wähler waren hingegen gespalten, mit einer leichten Mehrheit für Obama. Wenn man aber nur die praktizierenden Katholiken anschaut (regelmäßige Kirchgänger), wendet sich das Blatt etwas zugunsten von McCain. Mit über 60 Millionen machen die Katholiken mehr als ein Viertel der Wahlberechtigten aus. 1998 sah der republikanische Präsidentschaftskandidat Karl Rove in den Katholiken eine politische nicht festgelegte Gruppe „auf der Suche“.

Er gewann mit Deal Hudson einen katholischen Schriftsteller und ehemaligen Philosophieprofessor der Jesuitenuniversität in New York (Fordham University) als Vorsitzenden einer neuen Initiative, mit der die republikanische Partei katholische Wähler ansprechen wollte. Bei seinem ersten Treffen mit Hudson präsentierte ihm George W. Bush das Unterpfand dieser neuen Freundschaft: das Gesetz zum Verbot der Spätabtreibung durch Exzision. Hudson beschrieb sich seitdem selber als „der katholische Pförtner“ des Weißen Hauses.

Der katholische Kontakt in die Zentrale der Macht war nicht mehr die Bischofskonferenz, sondern Deal Hudson. Im Wahljahr 2004 sorgte Hudsons Team mit einer Kampagne (beispielsweise Hunderttausende von Emails) in katholischen Pfarreien der umkämpften Bundesstaaten dafür, dass ethische Themen wie Abtreibung, embryonale Stammzellen und Homosexuelle ganz oben auf der Liste der katholischen Wähler standen. Inmitten dieser Kampagne veröffentlichte ein unbekannter Informant aus der Fordham University, dass Hudson dort 1994 als Professor eine Affäre mit einer Studentin hatte. Das war das Ende der politischen Karriere von Hudson. Er hatte aber schon erreicht, dass die republikanische Partei wertkonservative Katholiken stärker an sich binden konnte. Auch weil ein anderer Berater der Republikaner, Ralph Reed, ein ähnlich ambitioniertes Programm im protestantischen Milieu durchgeführt hatte, erwiesen sich die Grundwertefragen nach der Meinung vieler Demoskopien 2004 als wahlentscheidend.

Trotz der dann auch unter Konservativen drastisch zunehmenden Enttäuschung über die Politik von Präsident Bush hat sich daran zunächst nur sehr langsam etwas geändert. Nach Umfragen von Pew Research führte McCain noch Ende September 2008 unter Katholiken mit dreizehn Prozentpunkten vor Obama, bereits zwei Wochen später, nach der Bankenkrise, lag aber Obama mit acht Prozentpunkten vor McCain. Die Wirtschaftsfragen hatten die Grundwertefragen anscheinend vollständig verdrängt. Daran konnten auch mahnende Hirtenbriefe einiger Bischöfe über die Abtreibung als „intrinsisch Böses“, beispielsweise in den texanischen Diözesen Dallas und Fort Worth, nichts ändern. Justin Kardinal Rigali von Philadelphia hat in einem nationalen Hirtenwort zum „Sonntag des Respektes für das Leben“ die Perspektiven über den Tag der Wahl hinaus ins Auge gefasst und der Sorge Ausdruck verliehen, dass im Jahre 2009 der Freedom of Choice Act Gesetz werden könnte, der – wie bereits erwähnt – jegliche gesetzliche Beschränkung der Abtreibung aufheben könnte. Bisher hat nur ein einziger Politiker im amerikanischen Kongress öffentlich dem Wunsch Ausdruck verliehen, diese Gesetzesvorlage so schnell wie möglich in die Tat umzusetzen: Barack Obama. Zur Erinnerung: Falls er gewählt werde, sagte er, sei dies ganz oben auf seiner Prioritätenliste. Ob er dafür allerdings Mehrheiten findet, hängt nicht unwesentlich davon ab, wie stark sich in der Öffentlichkeit, auch seitens der Kirchen, Widerstand regen wird.

Dass die Abtreibungsfrage ein politisches Leitmotiv für Obama ist, kann auch durch seine Tätigkeit im Senat des Bundesstaates Illinois eindrücklich belegt werden. Die Details, um die es im Folgenden geht, sind so grausam, dass ich Zartfühlende an dieser Stelle vorwarnen will. Es geht hier nämlich um eine Praxis, die vielen noch inhumaner erscheint als die oben beschriebene Form der Spätabtreibung. Im zweiten und dritten Drittel der Schwangerschaft werden die Ungeborenen oft durch das Einspritzen von Salz oder durch massive Hormontherapie abgetrieben. Im Falle der Salzvergiftung dauert der Todeskampf des Kindes oft mehr als eine Stunde. Es kommt dann relativ bald danach zu einem Abgang.

Manchmal wird das Kind aber lebend geboren. Auch bei dem hormoninduzierten Abgang sind die Kinder meistens tot, manchmal werden aber auch sie lebend geboren. Was tut man nun mit einem solchen Kind, das gegen den Wunsch der Mutter lebend geboren wurde? Oft sind diese Kinder bereits entwickelt genug, um zu atmen.

In vielen Krankenhäusern der USA erhalten diese Neugeborenen keine medizinische Versorgung, obwohl manche von ihnen durch moderne medizinische Technik eine Überlebenschance hätten. Oft legt man diese Kinder auf einen kalten Metalltisch in einem dunklen Raum, wartet bis sie ihren Todeskampf gekämpft haben, und entsorgt

sie dann in den Abfall. Die oft Stunden dauernde Agonie dieser kleinen Wesen muss jedem mitfühlendem Menschen das Herz zerreißen. So ging es auch der Krankenschwester Jill Stanek. Sie arbeitete im Süden Chicagos im Christ Hospital, wo diese Prozedur etwa zwanzigmal im Jahr durchgeführt wurde. Die sterbenden Kinder legte man nach ihrem Zeugnis in einen verschmutzten Abstellschrank. Sie war entsetzt, dass dies in einem Krankenhaus möglich war, das diesen Namen trug. Sie wusste zunächst nicht, dass die United Church of Christ ein Träger dieses Krankenhauses ist: die Kirche von Barack Obama. Pastor Jeremiah Wright, Obamas spiritueller Mentor, war im Aufsichtsrat des Trägers. Die United Church of Christ befürwortet seit über 30 Jahren nahezu uneingeschränkt das



Für viele ist Obama eine Ikone des Wandels und der Hoffnung. Für Ungeborene brechen aber harte Zeiten an. Foto: dpa

Recht auf Abtreibung. Stanek wandte sich an die Presse. Die Öffentlichkeit war entsetzt. Die große Tageszeitung Chicago Tribune sprach von nicht mehr überbietbarer Herzlosigkeit. Das staatliche Gesundheitsamt untersuchte die Vorfälle und legte die Ergebnisse dem Generalstaatsanwalt des Staates Illinois vor.

Geschicktes Taktieren als Senator in Illinois

Generalstaatsanwalt Jim Ryan stellte am 17.7.2000 fest, dass diese Praxis nicht gegen geltendes Recht verstoße. Jill Stanek gab sich damit nicht zufrieden. Sie wandte sich an ihren Vertreter im Senat von Illinois, Patrick O'Malley. Dieser brachte im März 2001 einen Gesetzentwurf in den Senat von Illinois ein, der allen sich außerhalb des Mutterleib befindlichen Mitgliedern der Spezies Homo Sapiens, die atmen und Herzschlag haben, den rechtlichen Status von „menschlichen Personen“ zugestand und damit auch Recht auf medizinische Behandlung. Damit sollten lebendgeborene Abgetriebene dieselbe medizinische Versorgung bekommen wie andere Frühgeburten. Offensichtlich handelte es sich bei diesem Gesetzentwurf nicht um ein Abtreibungsgesetz. Das Recht auf Abtreibung sollte nicht eingeschränkt werden.

Deshalb trat der Gesetzentwurf auch den Titel „Gesetz zum Schutz lebendgeborener Kinder“. Im Justizausschuss des Senats stimmte Obama am 27.3.2001 gegen diesen Gesetzentwurf. Bei der eigentlichen Abstimmung im Senat drei Tage später verhielt sich Obama gemäß einer Strategie, die nach Angaben von Pam Sutherland, einer

Sprecherin der weitgehende Abtreibungsrechte befürwortenden Organisation Planned Parenthood, vorher auf Initiative Obamas hin gemeinsam abgestimmt war. Er argumentierte, dass dieser Gesetzentwurf das Recht auf Abtreibung unterhöhle, da er einem weniger als neun Monate alten Kind Rechte zuerkennt. Obama war der einzige Senator, der das Wort ergriff, um gegen den Gesetzentwurf zu argumentieren. Gemäß der taktischen Absprache mit Sutherland stimmte er dann in der Schlussabstimmung mit „anwesend“, also einer Stimmenthaltung. Auf diese Weise sollten andere Politiker, die sich aus Angst vor Stimmenverlusten in ihren Wahlbezirken nicht trauten mit „nein“ zu stimmen, bewegt werden, statt zuzustimmen nur mit „anwesend“ zu stimmen. Der Entwurf bekam dann schlussendlich keine Mehrheiten.

Im Jahre 2001 wurde ein fast gleichlautender Gesetzentwurf in den Bundesstaat in Washington eingebracht und wurde dort mit 98 zu 0 Stimmen angenommen. Dieser Gesetzentwurf auf Bundesebene enthielt lediglich ganz am Ende eine Ergänzung, die bekräftigt, dass dieses Gesetz keine Auswirkungen habe auf Mitglieder der Spezies Homo Sapiens, die noch nicht geboren wurden. Das ging eigentlich sowieso schon klar aus dem Text hervor, wurde aber nochmals hervorgehoben, um Missverständnissen vorzubeugen. Der Gesetzentwurf fand sogar die Zustimmung der konservativen Senatorin Barbara Boxer. Sie ist eine führende Verteidigerin der Abtreibungsrechte im Kongress. Die Pro-Abtreibungsorganisation National Abortions Rights League gab ihr die höchste Note.

Nach diesem Erfolg für das Gesetz zum Schutz lebendgeborener Kinder in Washington, fühlte man sich ermutigt, den Gesetzentwurf in Chicago erneut einzubringen. Zunächst ohne die erwähnte Ergänzung im Bundesgesetz. Vor der Abstimmung am 13.3.2003 wurde dann die fragliche Klausel doch noch eingefügt, um möglichen Einwänden zuvorzukommen. Die vier republikanischen Senatoren stimmten dem Gesetzentwurf zu, die sechs demokratischen Senatoren, unter ihnen Obama, stimmten mit „nein“. Damit war das Gesetzesvorhaben wiederum gescheitert. In einem Artikel in der Chicago Tribune wird Obama im Senatswahlkampf 2004 mit der Aussage zitiert, er hätte für den Gesetzentwurf gestimmt, wenn er mit dem auf der Bundesebene gleichlautend gewesen wäre. Beide Gesetzestexte waren aber nach der Ergänzung der Klausel in der Sitzung vom 13.3.2003 und damit unmittelbar vor der Abstimmung des Gesetzentwurfes nachweislich gleichlautend. Diese durch die Fakten nicht gestützte Behauptung wiederholte Obama auch im Präsidentschaftswahlkampf am 16.8.2008 publikumswirksam in einem Fernsehinterview mit dem Christian Broadcasting Network. Am nächsten Tag nahm sein Sprecher Hari Sevugan dies jedoch unter öffentlichem Druck zurück. Der Gesetzentwurf zum Schutz Lebendgeborener erlangte übrigens 2005 in Illinois doch noch Gesetzeskraft. Obama hatte zu dieser Zeit Chicago schon verlassen und seine Karriere in Washington begonnen.

Drei Jahre später machten sich Obama als Senator in Washington Hoffnungen auf das höchste Amt im Staate und veröffentlicht seine Autobiographie „The Audacity of Hope“. Der Titel des Buches ist der einer Predigt von Pastor Wright, die er in seiner Gemeinde der United Church of Christ gehört hatte. Obama ahnte zu diesem Zeitpunkt wohl schon, dass seine Ablehnung des Gesetzes zum Schutze von Lebendgeborenen ihm im Wahlkampf um das Präsidentenamt Schwierigkeiten machen könnte. Er präsentiert daher jetzt eine neue Begründung für sein Abstimmungsverhalten, die er meines Wissens vorher weder im Senat noch sonst in der Öffentlichkeit in dieser Form geliefert hatte. Er habe, so schreibt er, gegen das Gesetzesvorhaben gestimmt, weil schon ein anderes Gesetz existiert habe, das den Lebendgeborenen ausreichend Schutz böte. Dieses Argument wiederholte Obama in der dritten Fernsehdebatte mit McCain am 15.10.2008. Das erstaunt. Zur Erinnerung: Auf Anfrage gab der Generalstaatsanwalt von Illinois die Auskunft, dass es keinerlei gesetzliche Handhabe gegen das grausame Sterbenlassen Lebendgeborener im Christ Hospital gebe. In der Tat gab es aber ein Gesetz in Illinois mit folgendem Inhalt: Wenn der abtreibende Arzt von sich aus und vor dem Abbruch erklärt, dass das Kind wahrscheinlich außerhalb des mütterlichen Körpers dauerhaft überleben könne, dann soll dem Kind im Falle des Über-

lebens ärztliche Hilfe zukommen. Da kaum ein Arzt eine solche Feststellung vor der Abtreibung trifft, war das Gesetz praktisch unanwendbar. Das Kind unterlag zudem vollkommen der Willkür des abtreibenden Arztes. Und was war mit den Kindern, die nicht dauerhaft, aber vielleicht einige Stunden oder Tage überleben konnten? Sie hatten weiterhin keine Rechte. Außerdem hatte das Bezirksgericht von Nord-Illinois in einem Urteil vom 30.3.1993 das Gesetz praktisch aufgehoben, da wichtige in ihm verwendete Begriffe wie „lebendgeboren“ nicht klar genug definiert seien, um die Verfassungstreue des Gesetzes beurteilen zu können. Die Unanwendbarkeit der bestehenden Gesetze war ja der Grund, dass Senator O'Malley einen neuen Gesetzentwurf einbrachte, der nicht nur alle Begriffe hinreichend klar definierte, sondern auch sorgsam darauf bedacht war, Konflikte mit höchstrichterlichen Entscheidungen über die Abtreibung auszuschließen. Obamas Hinweis auf das alte Gesetz erscheint als ein Ablenkungsversuch, der dazu dient, seine politischen Ambitionen zu schützen. Die verbale Eindeutigkeit, mit der er diese irreführende Schutzbehauptung im Wahlkampf vortrug, muss befremden. Er wusste wohl, dass er auf möglichst viele Stimmen aus der wertkonservativen Wählerschaft angewiesen war. Eine durchaus richtige Einschätzung. In der Fernsehdebatte mit Pastor Rick Warren am 16.8.2008 in San Francisco antwortete Obama auf die Frage nach dem Beginn menschlichen Lebens: „Die Beantwortung dieser Frage ist in meiner Gehaltsstufe nicht möglich“. Eine Bemerkung, die wegen ihrer unwürdigen Form von zahlreichen Wählern mit Empörung aufgenommen wurde.

Gespanntes Verhältnis zum katholischen Episkopat

Die spätere Berufung des Katholiken Joseph Biden als Obamas Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten war nach Meinung vieler Kommentatoren ebenso ein Werben um diese wertkonservative Wählergruppe. Biden unterstützt allerdings zumindest in den Grundzügen die Abtreibungspolitik Obamas. Das führte dazu, dass Charles Chaput, Erzbischof von Denver, Biden dazu aufrief, während der demokratischen Wahlversammlung in Denver im August 2008 in seiner Diözese nicht zu kommunizieren. Bischof Chaput wurde dann auch nicht eingeladen, aktiv am ökumenischen Gottesdienst zu Beginn dieses Parteitags zur Nominierung von Obama teilzunehmen.

Die Stimmung zwischen Obama und dem katholischen Episkopat ist angespannt. Nicht nur wegen seiner Position zur Abtreibung, sondern auch weil man befürchtet, dass die gesetzlichen Hindernisse, die einer industriellen Produktion menschlicher Embryonen für die Forschung mit Stammzellen jetzt noch entgegenstehen, unter einer demokratischen Mehrheit fallen könnten. Bereits vorliegende Gesetzesinitiativen und Aussagen von Barack Obama sowie dem Mehrheitsprecher des Senates, Harry Reid, und auch der Mehrheitsprecherin des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, deuten in diese Richtung. Diese Entwicklungen müssen die christlichen Kirchen mit Sorge sehen. Die Konsequenz daraus darf aber nicht sein, die offensichtlichen Übereinstimmungen in vielen sozialetischen Fragen zu übersehen oder gar als übersehenswert einzustufen. Zu Recht erwarten sich Christen von Obama längst überfällige Fortschritte in eminent wichtigen gesellschaftlichen Fragen wie beispielsweise der Krankenversicherung und in zentralen internationalen Fragen wie die einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung. Nichts davon darf in den Schatten gestellt werden. Diese im Zentrum der medialen Aufmerksamkeit stehenden Themen dürfen aber ihrerseits keinen Schatten werfen auf die zentrale ethische Frage nach dem Recht auf Leben. Es wird Pflicht und Chance der Kirche sein, rechtzeitig und deutlich die Stimme zu erheben. Wer sonst könnte diese Aufgabe übernehmen? Die katholischen Bischofskonferenz der USA gratulierte Obama zu seiner Wahl und erklärte sich bereit, „mit ihnen zusammenzuarbeiten bei der Verteidigung und Unterstützung des Lebens und der Würde aller menschlichen Personen.“

Der Autor ist Professor für Metaphysik und Sprachphilosophie an der Hochschule für Philosophie in München und blickt auf eine langjährige Lehrtätigkeit an verschiedenen US-amerikanischen Universitäten zurück.